PLATIFORM NEWS

EURATOM-Austritt -Volksbegehren Seite 2

PN 1/11

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE)

FEBRUAR 2011 · EURO 2.-

"Road-Movie" zum Katastrophenplan im Landratsamt...

Super-GAU, wart' ein bissel!

O-Ton ORF-TV in Salzburg Heute, 1.12.2010: "Salzburger Atomkraftgegner haben sich heute auf den Weg gemacht, nach Bad Reichenhall, ins Landratsamt Berchtesgadener Land: in jedem Landratsamt gibt es eine Abteilung für Katastrophenschutz... Zweck der Grenzüberschreitung: die Versprechen bayerischer Regierungsmitglieder zu überprüfen. Das Umweltministerium in München hatte beruhigend gemeint, die Bürger könnten die Notfallpläne für Atomunglücke einsehen.

Ein solches befürchtet Salzburg, vor allem beim nunmehr laufzeitverlängerten Atommeiler Isar-1, 170 km Luftlinie von Salzburg entfernt. Die Plattform gegen Atomgefahren hat heute die Probe aufs Exempel unternommen."



In der Hand hat PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger den Brief eines Ministers: "Der bayerische Umweltminister Markus Söder hat uns am 17. März (2010) geantwortet auf eine Anfrage: "Der interessierte Bürger kann sich bei den genannten Behörden Einblick in diese Unterlagen verschaffen.", Einblick in diese Unterlagen" – in die Evakuierungspläne – verschaffen."







EURATOM-Austritt:

Volksbegehren-Eintragungswoche 28.2. - 7.3.2011

PLAGE-Position

In einer Übereinkunft mit atomstopp oberösterreich im Vorfeld wurde festgehalten, daß die PLAGE ein Volksbegehren (VB) nur dann weiter mitträgt, wenn sich in der Phase 1 (Sammlung der Unterstützungserklärungen) ein "besonderer Schwung" abzeichnen würde. Dann würde das Risiko gering sein, daß das VB zu einer "Minderheitsfeststellung" würde. Das bedeutete zwangsläufig weitaus mehr als die nötige Mindestzahl von 8.032 Unterstützungserklärungen. (Deren Erreichung stand auch für die Skeptiker außer Zweifel.) Trotz optimaler Arbeit der beiden Organisationen, an vorderster Front der Oberösterreicher, und zB seitens der Naturfreunde sowie einzelner Engagierter wurde mit gut 8.000 gültigen Unterstützungserklärungen die formale Voraussetzung zur Beantragung einer VB-Eintragungswoche zwar erfüllt, doch ein "Schneeballeffekt" kam nicht zustande.

Ein Teil des PLAGE-Vorstandes einschl. Obmann H. Stockinger befürchtet daher Schaden statt Nutzen, weil zB ein ähnliches Ergebnis wie beim Greenpeace-EURATOM-Volksbegehren vor einigen Jahren (knapp über 130.000 Ja-Stimmen, also um 30.000 über dem 100.000-Limit für eine Behandlung im Parlament) von Regierung und Öffentlichkeit höchstwahrscheinlich eben als Minderheitsfeststellung interpretiert würde. Die Arbeit für das wichtige und

unter uns völlig unumstrittene Ziel des EURATOM-Austritts droht nach Meinung dieser PLAGE-Aktiven schwieriger und gebremst statt leichter und dynamisiert zu werden. Ein anderer Teil der PLAGE-Geister befürchtet keine solchen Konsequenzen, oder hält sie für weniger gravierend, als die Initiatoren jetzt "im Stich zu lassen".*

Der Schaden könnte nicht nur in einer **Minderheits**feststellung – just bei einem hoch **mehrheits**fähigen Anliegen der Österreicher/innen – bestehen: Die anderen aufgebauten Aktions-Schienen, zB die Landtags- und die Gemeinderesolutionen pro EURATOM-Austritt können bei einem zahlenmäßigen "Flop" gefährdet sein.

In dieser Situation ist die PLAGE-Generalversammlung vom 10. Dezember 2010 übereingekommen, daß sich der Verein als solcher nach der loyalen Mit-Sammlung der Unterstützungserklärungen nicht an der Kampagne zur Eintragungswoche beteiligt. Den einzelnen Vorstandsmitgliedern dies aber freisteht. Und den Aktivist/inn/en und Mitgliedern selbstverständlich sowieso.

* Wovon man nach Meinung ersterer Gruppe allerdings — aufgrund der Übereinkunft im Vorfeld — nicht sprechen kann. Auch wurde den oö. Partnern schon früh vorgeschlagen, unbedingt ein Koordinationstreffen aller unterstützenden NGOs und Bürgerinitiativen abzuhalten, um "live" festzustellen, wie viele von ihnen – über nominelle Unterstützung und Internet-Mitteilungen hinaus – sich wirklich aktiv über die nötige Zeitspanne für die Austritts-VB-Kampagne in die Bresche werfen würden. Dieser Vorschlag, die Bereitschaft zu einer wirklichen Aktionsgemeinschaft zu testen/herbeizuführen, wurde nicht aufgegriffen.

Info: Genaueres zu den Hintergründen an PLAGE-Mitglieder auf Anfrage gerne. – Nähere Informationen zur VB-Eintragungswoche unter www.euratomvolksbegehren.at.

Kurztext des Volksbegehrens: "RAUS aus EURATOM"

Volltext:

"Der Nationalrat möge durch Bundesverfassungsgesetz beschließen, dass die Österreicherinnen und Österreicher im Rahmen einer Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag befinden."

Kommentar:

Eine grundrichtige Forderung. Zu bedenken war bei der Lancierung des VBs allerdings: wenn man für ein vernünftiges Ziel ein Abstimmungsergebnis gewärtigen muß, das eher den Gegnern des Ziels Oberwasser gibt, dann sollte man wohl andere Wege zum Ziel wählen



Bundesrätin Kerschbaum:

"Anti-Atom-Volksbegehren Österreich-Italien"

"BürgerInnen werden endlich gehört – bald auch europaweit?"

Die niederösterreichische Grünmandatarin und Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum: "Österreich lehnt Atomenergie ab – warum sollten wir also die Fördergelder für die Atomlobby mitbezahlen?".

Die Bundesregierung hat sich bisher immer auf den Standpunkt "Geht nicht" zurückgezogen – ohne diesen ernsthaft und genau zu überprüfen, weiß Kerschbaum. "Bei einem erfolgreichen Volksbegehren werden Faymann&Pröll nicht mehr so einfach ignorieren können, was die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung will",so die Grüne.

Unverbindlich hier – verbindlich dort!

"Aber auch die ItalienerInnen werden 2011 über die AKW-Wiedereinstiegspläne Berlusconis befragt," verquickt die Bundesrätin das EURATOM-Austritts-Volksbegehren mit dem Referendum (Volksabstimmung), das nunmehr in Italien beantragt wurde. So soll Italien AKW-frei bleiben und sollen Berlusconis Wiedereinstiegspläne atomisiert werden. Der Termin für das Referendum wird zwischen 15. April und 15. Juni liegen.

Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum betont richtig die Wichtigkeit dieser Volksabstimmung auch für Österreich: "Wenn Italien AKW-frei bleibt, haben wir einen Partner in der Europäischen Anti-Atompolitik zurückgewonnen. Und Anti-Atompolitik auf europäischer Ebene kann sinnvoll nur dann betrieben werden, wenn Nicht-AKW-Staaten sich endlich gemeinsam gegen den falschen Kurs Europas bei Haftung, Sicherheit und Endlagerung wehren."

2 Paar Schuh'!

Bundesrätin Kerschbaum vernachlässigt aber den grundlegenden Unterschied: In Italien wurden 500.000 Unterschriften gesammelt und damit eine kommende Volksabstimmung erzwungen – was den Österreicher/inne/n nicht möglich ist. Hierzulande kommt ein Volksbegehren, dank einer knapp überschrittenen Mindestzahl von nur 8.032 Unterstützungserklärungen – dafür ist es unverbindlich und schubladisierbar.

Grüne rosa Brille

Ähnlich wie bei diesem hinkenden Vergleich schaut Kerschbaum auch durch die rosa Brille, wenn sie im weiteren noch Hoffnungen auf "einen europäischen Atom-Ausstieg mittels europäischem BürgerInnenbegehren" macht. Sie stellt in den Raum, "dass die europäische Bevölkerung bald die Möglichkeit bekommt, Themen wie zu entscheiden". "Zu entscheiden"! Davon kann beim europäischen BürgerInnenbeaehren nicht im entferntesten die Rede sein. Es ist so unverbindlich wie die österreichischen Volksbegehren. Gewiß, jeder Strohhalm der Hoffnung ist wichtig. Eine gewisse Parallele zwischen italienischer Volksabstimmung und österreichischem EURATOM-Austrittsbegehren kann man ziehen. Sie sollte aber richtig dargestellt und gewichtet sein.

(Quelle: Grüne im nö. Landtag, 19.1.2011)



Atombehörde ordnet Untersuchung an

Im slowakischen Atomkraftwerk Mochovce hat es Ende November gebrannt. Dies berichtete das Internetportal www.aktualne.sk unter Berufung auf einen anonymen schriftlichen Hinweis. "Trotz der ernsthaften Bedrohung der Sicherheit wurde der Produktion der Elektrizität höheres Gewicht zugemessen", heißt es in dem Schreiben. Demnach brach im Bereich des Turbogenerators Feuer aus.

Dagmar Zemanova, Direktorin der Slowakischen Atombehörde (UJD), bestätigte den Vorfall und ordnete eine Untersuchung an. Andrea Zlatnaska von Greenpeace äußerte sich empört über den Vorfall: "Die Öffentlichkeit erhält vonseiten der Führung der Slowakischen Elektrizitätswerke nur positive Nachrichten über den AKW-Betrieb. Über Vorfälle wie den Brand im November erfahren wir nur durch anonyme Briefe. Was alles hat die SE-Führung vor der Öffentlichkeit noch geheim gehalten?", fragte sich Zlatnanska.

"Mängel behoben"

Erst vergangene Woche hatten Experten des Weltverbandes der Atomkraftwerksbetreiber (World Association of Nuclear Operators - WANO) das umstrittene slowakische Atomkraftwerk unter die Lupe genommen. Das Team stellte nach Angaben der Tageszeitung "Sme" fest, daß Mochovce im Einklang mit internationalen Vorschriften betrieben werde.

(Quelle: APA / Der Standard, 2.2.2011)



12. März: Anti-Atom-Kette

Mit harten Sicherheitsauflagen Atomreaktoren vom Netz bekommen - dies könnte einer neuen Landesregierung in Baden-Württemberg gelingen. Zwei Wochen vor der Wahl machen wir mit einer 45 Kilometer langen Menschenkette Druck.



Es war eine beeindruckende Aktion: Am 24. April letzten Jahres reichten sich 120.000 Menschen zwischen den AKWs Krümmel und Brunsbüttel entlang der Elbe die Hand zur großen Anti-Atom-Kette – 120 Kilometer Kettenfeeling. Jetzt will das Campact-Bündnis am 12. März eine zweite, 45 Kilometer lange Menschenkette entstehen lassen – diesmal im Süden der Bundesrepublik zwischen Stuttgart und dem AKW Neckarwestheim.

Genau zum rechten Zeitpunkt: Zwei Wochen später wird in Baden-Württemberg gewählt. Nachdem die Regierung von Ministerpräsident Mappus ("Stuttgart 21"!) wie keine andere für längere AKW-Laufzeiten getrommelt hat, wird die Landtagswahl auch zur Abstimmung über Merkels Atom-Deal. Und mit der Wahl entscheidet sich, ob dieser Pakt mit der Atomwirtschaft über die Bundesländer ausgehebelt werden kann: Verliert Schwarz-Gelb im "Ländle", könnte eine neue Landesregierung mit harten Sicherheitsauflagen die Abschaltung von bis zu vier Atommeilern erzwingen – allen voran des Uralt-Reaktors Neckarwestheim I.

Die Menschenkette unter dem Motto "Atomausstieg in die Hand nehmen!" können Sie mit einer Spende unterstützen. "Campact" will u.a. mit dutzenden Großplakatwänden und zehntausenden Flugblättern die Menschen in der Region für die Kette begeistern. "Jede Plakatwand kostet uns durchschnittlich 120 Euro." Elektronisch unter www.campact.de/atom2/spenden/donate4. Oder auf Konto 6980940111 von Campact e.V., BLZ: 25120510, Bank für Sozialwirtschaft; Stichwort "Anti-Atom-Kette".



AKW Mochovce: Schwerer Verstoß gegen Umweltschutzrecht

Bund Naturschutz fordert Rückzug der Siemens AG

Trotz der Proteste der Umweltschützer hält die Siemens AG am Bau des Atomkraftwerks Mochovce in der Slowakei fest. Trotz schöner Worte bekennt die Firma Siemens nicht Farbe, ob sie nun wirklich "grün" werden soll oder ob nur Deckmäntel ausgebreitet werden sollen für die atomaren Abenteuer der Siemens AG in der Slowakei, in Weißrussland, in Rußland oder in Finnland.

Nachdem nun das "Aarhus Convention Compliance Committee (ACCC)" befunden hat, daß im Behördenverfahren für Mochovce 3 und 4 die Aarhus-Konvention über Umweltinformation und Öffentlichkeitsbeteiligung grob missachtet wurde, fordert der Bund Naturschutz die Siemens AG auf, endlich aus dem Atomgeschäft auszusteigen. In der Slowakei laufen die Planungen für die seit 1982 – mit langer Unterbrechung - in Bau befindlichen Blöcke 3 und 4 des Atomkraftwerks Mochovce. Das ACCC-Komitee rügt, dass drei zentrale Änderungen des Bauplans im Jahr 2008 ohne Beteiligung der Bürger und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgt sind.

Auch die Siemens AG, die sich neuerdings – unter ihrem österreichischen Vorstandschef Peter Löscher - als "grünes Unternehmen" darstellen möchte, ist beim Bau des Atomkraftwerkes Mochovce mit von der Partie. Siemens soll die digitale Leittechnik für die beiden gefährlichen neuen Atomblöcke liefern.

(Quelle: Bund Naturschutz, Nürnberg, 4.2.11. – www.bund-naturschutz.de)



Ionisierende Strahlung aus Atomkraftwerken: Erbgut geschädigt?

Weniger Mädchen in der Umgebung von Atomkraftwerken



In der Umgebung von Atomkraftwerken kommen in Deutschland und der Schweiz weniger Mädchen auf die Welt. Das geht aus einer im Oktober 2010 veröffentlichten wissenschaftlichen Studie von Ralf Kusmierz, Kristina Voigt und Hagen Scherb hervor. In den letzten 40 Jahren haben Mütter, die in Deutschland und in der Schweiz im Umkreis von 35 km einer der untersuchten 31 Atomanlagen leben, bis zu 15.000 Kinder weniger geboren, als durchschnittlich zu erwarten gewesen wäre, die Mehrzahl davon Mädchen. Für die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW* untermauert diese Studie den ursächlichen Zusammenhang von radioaktiver Strahlung und einer Schädigung von Zellen. Insbesondere bei Embryonen. Die Kinderkrebsstudie aufgrund des staatlichen Mainzer Krebsregisters hatte schon 2007 ein erhöhtes Krebs- und Leukämie-Erkrankungsrisiko bei Kleinkindern im AKW-Nahbereich in Deutschland nachgewiesen. Der Verlust von Mädchen-Schwangerschaften weist auf eine Schädigung des Erbguts durch die ionisierende Strahlung hin, die von Atomkraftwerken im "Normal"betrieb in die Umgebung abgegeben wird. Vergleichbare hochsignifikante Effekte wurden bereits nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sowie in der Folge von Atombombenversuchen beobachtet. Nach Tschernobyl kam es in Europa nicht nur zu einer erhöhten Zahl von Totgeburten und Fehlbildungen, sondern auch zu einer Verschiebung des Verhältnisses von männlichen und weiblichen Embryonen: Nach 1986 wurden in Europa signifikant weniger Mädchen geboren.

Grenzwerte veraltet – unterschätzen das wahre Risiko

Atomkraftwerke geben auch im Normalbetrieb radioaktive Isotope, z.B. überschweren Wasserstoff (H 3, Tritium) und radioaktiven Kohlenstoff (C 14) in die Umgebung ab, die vom menschlichen Körper unbemerkt aufgenommen werden und "innere" Strahlung verursachen. Bei Brennelementwechseln, Störfällen und Schnellabschaltungen sind diese Vorgänge gesteigert. Selbst wenn "erlaubte" Grenzwerte dabei nicht überschritten werden, sind ungeborene Kinder offensichtlich in Gefahr. Die Regelwerke für diese Grenzwerte sind veraltet und unterschätzen das wahre Risiko.

Kinderarzt Dr. Winfrid Eisenberg, IPPNW-Deutschland: "Es ist bekannt, dass radio-aktive Nuklide auch schon im Niedrigstrahlungsbereich Keimzellen, Embryonen und Stammzellen durch ionisierende Strahlung extrem gefährden. Vermutlich reagieren weibliche Embryonen auf radioaktive Strahlung empfindlicher als männliche. Von einer Schädigung tausender männlicher Embryonen ist jedoch zusätzlich auszugehen", erklärt.

Forderung von IPPNW-D an die deutsche Bundesregierung: Um der Strahlenempfind-

lichkeit von Embryonen und Kleinkindern Rechnung zu tragen, müssen sich Strahlenschutzstandards und Grenzwerte nicht an einem gesunden, jungen Mann (Reference Man), sondern am extrem strahlensensiblen Embryo (Reference Embryo) orientieren.

* IPPNW: International Physicians for the Prevention of Nuclear War (Friedensnobel-preis 1995).

(Quelle: Presseinformation der IPPNW vom 23.11.2010)

Info: Zusammenfassung der Studie "Is the human sex odds at birth distorted in the vicinity of nuclear facilities?" von Kusmierz, Voigt und Scherb unter http://ibb.helmholtz-muenchen.de/homepage/hagen.scherb/KusmierzVoigtScherbEnviroInfoBonn2010.pdf

Die Kinderkrebsstudie: http://www.ippnw. de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/bfs_ KiKK-Studie.pdf

Artikel von Hagen Scherb zu den verlorenen Kindern nach Tschernobyl und den Atomwaffentests: http://www.strahlentelex.de/Stx 10 558 S01-04.pdf

Die IPPNW-Petition zur Verbesserung des Strahlenschutzes online unterschreiben: http://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/petition-fuer-einen-besseren-strahlenschutz.html

Der 4-minütige Film "Kinderkrebs um Atomkraftwerke" informiert über Wirkung und Zusammenhänge der aus dem AKW stammenden radioaktiven Isotope im Körper des Embryos http://www.youtube.com/user/IPNWgermany

... Und zwar auf Exodus, im schlimmsten Fall. Also das ist einfach geradezu lächerlich, daß man hier nicht ad hoc einigermaßen die Pläne, zumindest die schriftlichen, vorlegen kann. Von denen ist dann ohnehin noch die Frage, ob sie so funktionieren würden, wie sie geschrieben sind."





Unruhen in Nordafrika: Die deutsche Wirtschaft rüstet sich für die Krise

Wüstenprojekt in Gefahr Europa will schon bald Sonnenenergie aus Afrika beziehen.

Nun wird deutlich, wie anfällig das Desertec-Vorhaben ist

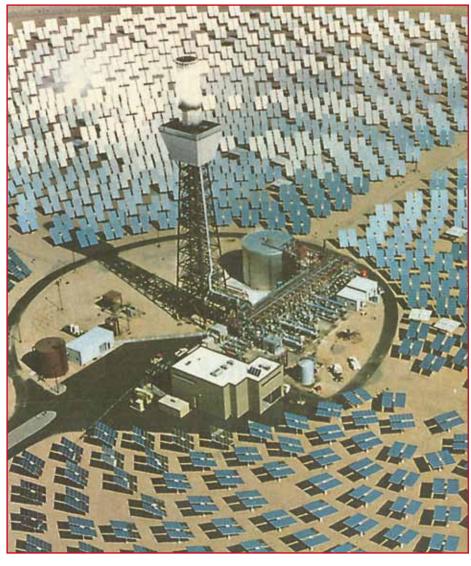
Es ist schon fast ein magischer Klang, der das D-Wort umgibt. Desertec, das Vorhaben, aus der Wüstensonne und dem Küstenwind Nordafrikas grünen Strom zu erzeugen, gilt derzeit als Vorzeigeprojekt der deutschen Industrie am Mittelmeer. In einem klugen Schachzug hatten sich vor gut einem Jahr große Unternehmen wie der Rückversicherer Munich Re. Deutsche Bank, RWE oder Siemens zu der Desertec Industrie Initiative (DII) zusammengefunden. Bis 2050 wollten sie 400 Milliarden EURO in Solarkraftwerke und Windparks investieren. Bereits 2015, so eine Wasserstandsmeldung der DII im vergangenen Herbst, könnte der erste Sonnenstrom ins Netz gespeist werden. Er soll in einem Kraftwerk in Marokko erzeugt werden, für das derzeit die Planung läuft.

Nun ist die Region in Unruhe geraten, dominosteinartig scheint der Aufruhr ein Land nach dem anderen zu erfassen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch die jungen Marokkaner - sie leiden besonders unter der hohen Arbeitslosigkeit und der überall präsenten Korruption - sich gegen ihre Regierung wenden. Zudem ist ja Desertec als gigantisches Stromerzeugungsnetz für die gesamte Region geplant. Im Konsortium sitzt auch ein tunesischer Gesellschafter, die Tochter des staatlichen Stromversorgers. Kurz vor Weihnachten ist eine Machbarkeitsstudie vereinbart worden. Sie soll prüfen, ob ähnlich wie in Marokko auch in Tunesien ein Demonstrationskraftwerk entstehen kann. Interesse haben auch Ägypten und Libyen angemeldet. Doch kann Desertec überhaupt in diesen Zeiten der Krise geplant werden?

"Nicht unmittelbar betroffen" sei das Vorhaben von den aktuellen politischen Ereignissen, sagt DII-Sprecher Alexander Mhanty. "Die Arbeiten gehen weiter." Schließlich sei Desertec eine langfristige Vision und müsse nicht kurzfristig realisiert werden. Was in Marokko derzeit passiert, bewegt sich in der Tat noch im Planungsbereich. Gemeinsam mit der dortigen staatlichen Solarenergieagentur werden Standorte vermessen, um für ein mögliches Kraftwerk wichtige Größen wie Sonneneinstrahlung oder Entfernung zum bestehenden Stromnetz zu ermitteln. "Ganz normale Vorarbeiten also", nennt Mohanty das. "Sie gehen weiter."

"Desertec geht über das Thema Energie hinaus", ist DII-Geschäftsführer Paul van



Son, überzeugt. Etwa indem eben nicht nur Kraftwerke mit europäischer Technik in die Wüste gesetzt werden, sndern indem vor Ort Arbeitsplätze entstehen, das Stromnetz ausgebaut und Wissen transferiert wird. "Wir schaffen Infrastruktur, Industrialisierung, Investitionen", zählt Mohanty die Vorteile auf. "Das Modell, Wir stelllen alles hin und putzen nur noch die Spiegel' wäre ein ganz schlechtes Geschäft auch für diese Länder", sagt auch Tunesien-Experte Steffen Erdle von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). "Die Wertschöpfung muss vor Ort passieren."

Die nordafrikanischen Staaten sollen einmal den Desertec-Strom auch selber nutzen. Denn sie brauchen dringend neue Energiequellen. Sei es, weil sie gar nicht ausreichend Strom für ihren wachsen-

den Bedarf herstellen: Sei es, weil jene Staaten, die selbst Ressourcen wie Erdgas oder Öl besietzen, diese lieber teuer exportieren als selbst zu verfeuern.

Auch deshalb würden die nordafrikanischen Partner, ist man bei Desertec überzeugt, den Wüstenstrom nicht nur selber verbrauchen wollen, sondern auch nach Europa verkaufen. Denn ganz so selbstlos wie es zuweilen den Anschein mit Desertec hat, sind die Europäer nicht: Sie erwarten durchaus, dass die beteiligten Wüstenstaaten Sonnen- und Windstrom gen Norden exportieren und damit einerseits Europas Energiebedarf teilweise decken und andererseits zu einer besseren Klimabilanz des Kontinents beitragen.

(Quelle: Süddeutsche Zeitung – Wirtschaft, 3. 2. 2011, von Jeanne Rubner)

Energiegipfel in Berlin

Berlin – Kanzlerin Angela Merkel (CDU) trifft am Mittwoch im Kanzleramt die Chefs der führenden deutschen Energieund Industriekonzerne zu Beratungen über die EU-Energiepolitik. Das erfuhr die Deutsche Presse-Agentur aus Regierungskreisen. Bei dem Abendessen soll der EU-Sondergipfel am 4. Februar in Brüssel vorbereitet werden, bei dem EU-Kommissar Günther Oettinger sein Energiekonzept für die EU vorstellen will. Dabei soll es auch darum gehen, wie man die Förderung erneuerbarer Energien <u>EU-weit harmonisieren könnte. Die Grü-</u> nen fürchten, dass die Energiekonzerne das deutsche Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien (EEG) aushebeln wollen. Da das deutsche EEG eine sehr üppige Förderung vorsieht – allein 2011 sind es nach Schätzungen rund 13,5 Milliarden Euro – <u>könnte eine EU-weite Har-</u> monisierung in Deutschland zu einem massiven Rückgang bei der Neuinstallation von Windrädern, Biogas- und Solaranlagen führen. SZ 12.1.11

Streit um Solarförderung

Berlin - Der Solarenergie-Ausbau in Deutschland geht nach Meinung von Union und FDP zu schnell. So fehlen Stromnetze zur Emspelsung. Schon Mitte des Jahres könnte die Förderung erneut gekappt werden. Die Ökoenergiebranche lehnt die Deckelung für die Solarstromförderung in Deutschland strikt ab. "Das würde zu erheblichen Marktverwerfungen führen, weil es keine Planungssicherheit mehr gäbe, ob es für meine Photovoltaik-Anlage noch Fördergelder gibt", sagte der Geschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW), Carsten Körnig. Angesichts des nahezu ungebremsten Ausbaus der Solarenergie berät das Bundesumweltministerium derzeit mit der Branche über eine erneute Kürzung zur Jahresmitte. Der energiepolitische Sprecher der Unions- Fraktion, Thomas Bareiß (CDU), hält im schlimmsten Fall auch eine Deckelung für einen gangbaren Weg. Dann gäbe es nur bis zu einer bestimmten installierten Leistung Geld. "Das ist natürlich die härteste und gefürchtetste Keule", sagte Bareiß. dpa

3212.1.11

Energiepolitik: Sachverständigenrat kritisiert Energiepolitik der Regierung

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat am Mittwoch in Berlin scharfe Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung geübt. Das, was die Bundesregierung im Moment tue, gehe "komplett in die falsche Richtung", sagte SRU-Mitglied Olav Hohmeyer anlässlich der Vorstellung des Sondergutachtens "Wege zur 100-prozentigen erneuerbaren Stromversorgung". Dies sei realisierbar, unterstrich er. Dafür müssten jedoch jetzt die Weichen gestellt werden, insbesondere im Bereich des Netzausbaus und der Speicherung. Dazu werde das Vertrauen der Bevölkerung benötigt.



Kundgebung vor dem Umweltministerium

AKW Mochovce

bricht internationales Recht!

Unter dem Motto "Keine Zeit für Winterschlaf!" forderten die Frauen von Atomkraftfreie Zukunft und Global 2000 am 25. Jänner Umweltminister Berlakovich mit Pfeiferln, Ratschen, Trommeln und anderem Weck-Gerät zum Handeln in Sachen Mochovce auf. Beileibe nicht zum ersten Mal!

Die Slowakei hat Artikel 6, Absatz 4 der Aarhus-Konvention gebrochen, welche die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung in Europa vorschreibt: Das Aarhus Convention Compliance Committee (ACCC) der Vereinten Nationen in Genf hat Ende 2010 in seiner abschließenden Entscheidung bestätigt, dass beim Bau der Blöcke 3 & 4 des AKW Mochovce die Aarhus-Konvention über Umweltinformation und Öffentlichkeitsbeteiligung missachtet wird. Damit wurde der Beschwerde von GLOBAL 2000, dem Dachverband Friends of the Earth Europe, Greenpeace Slowakei, Za Matky Zem und VIA IURIS stattgegeben.

Die Vormittagsaktion vor dem Umweltministerium unterstrich die schon letztes Jahr wiederholt von praktisch allen österreichischen Antiatomorganisationen erhobene Forderung, die österreichischen Länder, vor allem aber die Bundesregierung sollten bei der EU-Kommission Beschwerde einlegen bzw vor dem EuGH klagen auf korrekte Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, und auf eine neue, rechtlich korrekt durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung. Bis dahin hätte ein sofortiger Baustopp dieses unrechtmäßigen Projekts zu erfolgen.

Aufgabe der EU-Kommission ist es, auf die Einhaltung der Verträge zu achten, daher sollte sie ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei beim Europäischen Gerichtshof einleiten. Es geht aber jetzt nicht nur darum, dies von der Kommission einzufordern und dann abzuwarten! Minister Berlakovich muss sich aktiv einbringen! Er muss sofort von der Slowakei eine neue UVP fordern! Näheres unter www.atomkraftfreiezukunft@gmx.at

FRANKREICH

Skandalöse AREVA-Werbekampagne

Die weltgrößte Atomfirma, die französische Areva, hat Anfang des Jahres in Europa und den USA eine riesige Propagandakampagne lanciert. Der atomare Weltführer wurde vor einigen Jahren aus den ihrerseits schon weitverzweigten Atomkonzernen Framatome und COGEMA (Compagnie des Matières Atomiques) gebildet: bewußt wurde dabei mithilfe von PR-Firmen der neue Name gesucht, dem nichts Atomares mehr anzusehen ist. Die neue Werbekampagne läßt sich Areva nun rund 20 Millionen Euro kosten. Damit könnte man zB rund 4.000 Einfamilienhäuser mit Solarkollektoren zur Wassererwärmung und Heizungsunterstützung ausstatten.

Allein in Frankreich wird der Areva-Reklamespot 1.500 Mal in drei Wochen im Fernsehen zu sehen sein.

(Quelle: Réseau Sortir du Nucléaire / RSN, Jänner 2011)

SLOWAKEI / TSCHECHIEN

Entscheidung über neues AKW vertagt: Bohunice folgt Temelin-Beispiel

"Die Entscheidung, ob das Kernkraftwerk überhaupt und wenn ja, wann es errichtet wird, wird erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie getroffen werden. D.h. nicht vor Anfang 2012", verlautbarte nach einem Treffen der Wirtschaftsminister Tschechiens und der Slowakei. Es wird erwartet, daß die Studie auch die tatsächlichen Kosten des geplanten AKWs darlegt. Die ursprünglichen Pläne sahen einen oder zwei Druckwasserreaktoren mit einer Leistung von bis zu 1700 Megawatt (MW) um 4 bis 6 Milliarden Euro vor. Die Inbetriebnahme ist für 2020 anvisiert.

Zwentendorf, das aktive Dornröschen: PM Dimensions mietet Ösi-AKW für Trainingspraktika

Das AKW Zwentendorf ist seit vergangenem Herbst von der indischen Firma PM Dimensions geleast! Das Unternehmen hat seinen Sitz in Mumbai (ex-Bombay) und bildet Arbeitskräfte im Ingenieurwesen aus. Auszüge aus dem Originalbericht der größten indischen Wirtschaftszeitung:

Der an der Donau gelegene Leichtwasserreaktor mit 723 Megawatt Leistung ist im Besitz der EVN, eines österreichischen Stromversorgers. PM Dimensions (PMD) hat ihn geleast, um Ingenieure in Nukleartechnologie auszubilden. PMD ist möglicherweise die erste Firma, die sich auf ein solches Unterfangen einläßt.

Die über 30 Jahre alte Anlage in Zwentendorf war Österreichs erstes Kernkraftwerk. Aufgrund einer österreichischen Regierungsentscheidung im Gefolge einer Volksabstimmung 1978 hat es nie den Betrieb aufgenommen.

PMD plant nun, das Werk zum Weltmittelpunkt für sein praktisches Kernkraftwerks-Trainingsprogramm zu machen. Über 90 Ingenieure können in Zwentendorf auf einen Schwung geschult werden, teilte uns einer der Verantwortlichen mit. Finanzielle Details gab er keine bekannt.

Geleitet wird das Schulungs-

programm von Dr. Kalumba Chirumbo, einem ehemaligen Direktor der Safeguards-Abteilung* der Internationalen UN-Atombehörde (IAEA, Wien), welcher nun für PMD arbeitet. Praktische Ausbildung in einem KKW gewinnt an Bedeutung, da Tata Power, Reliance Power, GMR und andere indische Baukonzerne Interesse am Nukleargeschäft bekundet haben.

Gute Gelegenheit

Nach dem Atomabkommen zwischen Indien und den USA 2009 (siehe PN 1/2008) witterte das Privatunternehmen PMD hier ein Geschäft. Es stellte in der Folge ein Team aus pensionierten Mitarbeitern der Nuclear Power Corporation of India Ltd und des indischen Bhabha Atomforschungszentrums zusammen, mit dem Ziel, Schulungen anzubieten.

Das Ausbildungszentrum in Zwentendorf schließt diese Fachkräfte ebenso mit ein wie Nuklearexperten aus anderen Ländern.

Nur hier Zugang zum Reaktorkern

Das "Zwentendorf-Praktikum" der indischen Firma soll im Rahmen ihres 9-monatigen "Ausbildungsprogramms für diplomierte Nuklearingenieure" die acht Monate theoretische Ausbil-



dung mit einem Monat Anschauungsunterricht abschließen. "Obwohl das Werk 1978 fertiggestellt wurde, ist es in Grundaufbau und Steuertechnik einer Reihe von Kraftwerken ähnlich, die derzeit auf der Welt in Betrieb sind. Und weil es nie mit Brennstoff beladen wurde**, könnten wir sein Herzstück, das Reaktordruckgefäß, begehen. Etwas, was anderswo absolut ausgeschlossen ist, weil dort zu gefährliche Strahlung herrscht," sagte der Verantwortliche. "Die Techniker hätten auch die Möglichkeit zu verstehen, wie die Brennstäbebündel in den Reaktorkern einzuführen und anzuordnen sind. Ferner könnten wir gegebenenfalls die Kettenreaktion mithilfe von Brennstoffattrappen simulieren."

Die Anlage in Zwentendorf wird nicht bloß Lektionen in Management, Betrieb und Wartung eines Kernkraftwerks ermöglichen. Vielmehr wird sie auch Verständnis aus erster Hand in Qualitätsmanagement, Sicherheit in Industrie- und Nuklearanlagen, Kernkraftwerksaufbau und für die Vorbereitung auf Notfallsituationen vermitteln. Am allerwichtigsten schließlich wird die Unterweisung in der Anwendung der IAEA-Regeln zur Vorbeugung gegen den Mißbrauch atomarer Materialien sein.

* "Safeguards": IAEA-Regeln zur Vorbeugung gegen den Miβbrauch atomarer Materialien.

** Unseres Wissens wurde der Reaktorkern durchaus mit den im Jänner
1978 klammheimlich aus Deutschland nach Hörsching bei Linz eingeflogenen Brennstäben (was aufflog!)
beladen. Die Kettenreaktion allerdings wurde nie in Gang gesetzt –
diesen Über-Skandal leistete sich die
Regierung vor der Volksabstimmung
denn doch nicht. So blieb der Brennstoff im "jungfräulichen" Zustand, es
entstanden keine neuen, zusätzlichen
radioaktiven Stoffe, und das Reaktordruckgefäß wurde nicht radioaktiviert.

(Quelle: The Hindu Business Line, Mumbai, 18.10.2010)



"Wer zahlt die "Pension" für unseren Atommüll?" – So betitelte Michèle RIVA-SI, ehemalige Leiterin des unabhängigen Strahlenlabors CRIIRAD (Valence, F), ihr Kommuniqué anläßlich des letzten Rücktransportes hochaktiver deutscher Atomabfälle von der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) La Hague in ihr Herkunftsland. (Quelle: SILENCE, 1/2011)

"Die 6.000 nächsten Generationen werden zahlen müssen!" – Die Höhe der Rechnung kann niemand nennen, so Michèle RIVASI, in Antwort auf obige Frage. Doch von der Dauer hat man eine Vorstellung, aufgrund der Halbwertszeiten der Isotopen (Atom-Arten) in den abgebrannten Brennstäben. "Mindestens 6.000 Generationen werden für den (Nuklear-)Stromverbrauch von zwei Generationen zahlen müssen." (Quelle: wie nebenan)

NOT SPOTS INDIEN

Schulstreik gegen AKW in Jaitapur

Ratnagiri (Maharashtra). – Rund 70 Schulen "vom Kindergarten bis zu High Schools" im Ort Madhban und in dessen Umkreis blieben aus Protest gegen das dort geplante Atomkraftwerk Jaitapur/Dschajtapur Mitte Jänner zwei Tage zu. Einer der führenden Aktivisten, Praviin Gavankar, sagte, daß der Baugrund für das Vorhaben in Madhban, in rund 370 km Entfernung von der Provinzhauptstadt Mumbai (Bombay), mit Gewalt erworben wurde. Dies könne man nicht hinnehmen.

"Nicht einmal ein Prozent der Bauern sind entschädigt worden, und ich sage: wir wollen nicht einmal entschädigt werden. Wir wollen unser Land überhaupt nicht aufgeben!"

Die Nuclear Power Corporation of India (NPCIL) plant in Jaitapur im Bundesstaat Maharashtra einen gigantischen Reaktorkomplex. Die französische Areva (> vgl. S. 7) soll dort 2 – 6 Reaktoren errichten, bei Vollausbau insgesamt 9.900 MW elektrische Lei-



stung. Das Werk soll sich an der Konkan-Küste über 968 Hektar und fünf Dörfer des Bezirks Ratnagiri erstrecken. Projektgegner Gavankar unterstrich, daß die Regierung in keinem der bisherigen Planungsstadien es sich einfallen hätte lassen, die Gegnerseite anzuhören. "Jetzt da die Betreiber mit täglichen Aktionen konfrontiert sind, lassen sie uns von der Polizei verdreschen."

Im Dezember hatte das Indo-Asian News Service (IANS) gemeldet, daß ein gegen Jaitapur engagierter Einheimischer in einem Zusammenstoß mit einem Polizei-Jeep getötet worden war. Auf die dagegen protestierenden Dorfbewohner ging die Polizei mit Schlagstöcken los. Irfan Jusuf Qazi, 40, war auf dem Weg, seine Kinder von der Schule abzuholen, als sein Motorroller von dem Polizeiauto getroffen wurde, sagte Pradiip Indulkar, Vorsitzender des Konkan Antiatomkomitees. Der Zwischenfall ereignete sich in Nata, einem Dorf im Landkreis von Ratnagiri rund 275 km südlich von Mumbai.

Lauri Myllyvirta von Greenpeace Indien warnte vor voreiligen Schlüssen auf vorsätzliche Tötung. Da nahezu alle Ortsansässigen gegen das Atomprojekt seien, könne man hinter praktisch jedem derartigen Unfall ein Interesse der Projektbetreiber vermuten. Allerdings habe der Getötete Irfan Jusuf Qazi mit an vorderer Front gegen das Jaitapur-Atomkomplex gestanden. Die Dorfbewohner jedenfalls protestierten dagegen, daß die Polizei das Auto vom Unfallort wegschaffte. Sie versuche so, Beweismaterial zu vernichten. Die Protestierer bewarfen das Fahrzeug mit Steinen und setzten es später in Brand, und riefen nach Schritten gegen die örtlichen Polizeibeamten.

(Nach IANS, 10.1.2011 & 18.12.2010)





Auch Fidel Castro hatte davon geträumt... Venezuela: Atom-Deal mit Rußland

Rußland und Venezuela unterhalten seit 2005 enge Handelsbeziehungen: das südamerikanische Land hat in den vergangenen Jahren über 4 Milliarden US-Dollar für Militärausrüstung aus Rußland ausgegeben. Im Zuge einer Europa- und Asienreise im vergangenen Herbst unterzeichnete der venezolanische Präsdient Hugo Chavez Mitte Oktober mit seinem russischen Amtskollegen Dimitri Medwedew einen "Aktionsplan", der eine ganze Reihe von Sektoren umfaßt: Finanzabkommen, Erdölprodukte, Rüstungskäufe (35 T-72 und T-90-Panzer), Landwirtschaft, Telekommunikation, Transportwesen, Kultur und... Atomenergie.



Hugo Chávez und Dimitrii Medwedew. Die Ankündigung eines 500-MW-Reaktors erinnert an die wiederholtenten Pläne Fidel Castros in den 1980-90ern, mithilfe der Sowjetunion ein erstes AKW auf Kuba zu bauen. Sie wurden nicht einmal im Ansatz umgesetzt. In einem weiteren Land, wo sich von vornherein Sonnenenergienutzung in vielfacher Form anbietet. Doch gerade Autokraten, egal ob "links" oder "rechts" oder sonstwas, vermögen nur großtechnische, zentralistische "Lösungen" zu sehen. Und sind blind für Alternativen, die die Lösungsschlüssel in vielen Schlüsselbunden auf viele Akteure im Volk verteilen. (Bild: Globovisión)

Das Atomabkommen sieht die Errichtung eines relativ kleinen AKWs mit 500 Megawatt Leistung innerhalb der nächsten 10 Jahre vor. Venezuela macht gerade die ärgste Stromversorgungskrise seiner Geschichte durch, ausgedehnte Stromausfälle im Hinterland von Caracas sind an der Tagesordnung und nähren Unzufriedenheit unter der Bevölkerung.

Der ständige Vertreter Venezuelas bei den Vereinten Nationen, Jorge Valero, rechtfertigt die nuklearen Absichten bezeichnenderweise mit dem deswegen immer wieder von Atomgegnern kritisierten UN-Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT): "Der NPT-Vertrag strebt nicht nur nach Abschaffung der Atomwaffen, sondern auch nach gleichberechtigtem Zugang zu Nukleartechnologie für zivile Zwecke. Daher beansprucht die Regierung Venezuelas das souveräne Recht aller Nationen, eine eigene Nuklearindustrie zu friedlichen Zwecken aufzubauen."

Luís Fernando Angosta analysiert auf der Webseite aporrea.org: "Wenn es darum geht, eine "Supermacht' zu werden, besteht offenbar kein Unterschied zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg: der angestrebte Zweck heiligt die Mittel. Ja, man findet sogar mühelos Partner für diese Art von Vorhaben: wohlgesinnte, altruistische Partner, denen einzig am Herzen liegt, Staaten zur Unabhängigkeit (in diesem Fall: der Energieversorgung) zu verhelfen. Venezuela hat dafür Rußland."

Juan Cristobal nennt im Blog Caracas Chronicles Gründe, "weshalb man sich über die nuklearen Ambitionen Hugo Chavez' keine Sorgen zu machen" brauche, u.a.:

- "In der (Chavez-)Regierung sitzen nur Inkompetente. Rezesseion, Inflation, zusammenbrechende Infrastruktur, Container-weise verrottende Lebensmittel, aufgegebene Pläne für Raffinerien, die Fata Morgana der Südamerika-Pipeline Gasoducto del Sur... Muß man noch mehr sagen? Dieser Mann ist größenwahnsinnig, und die Russen spielen mit in der Hoffnung auf saftige Provisionen.
- Die Zeit fehlt, das Geld fehlt.
- Die Regierung hat das ohnehin geringe vorhandene Humankapital (AdR: fähige Techniker usw) verscheucht.
- Hugo Chavez hat sein politisches Kapital verspielt.Würden heute Wahlen stattfinden, würde er verlieren. [...] Die Realisierung der Atomanlage befindet sich im Vorstadium, und die Errichtung einer solchen (Energie-)Infrastruktur ist nicht leicht für ein Land, das gegen viele Faktoren zu kämpfen hat: zB eine Staatsschuld, die unkontrollierbar steigt, und eine Nationalversammlung, in der die Regierung eine schwache Mehrheit hat..."

In Anspielung auf die ständigen Stromausfälle im Land meinte Miguel Angel Nieto auf Twitter: "Wie kann Venezuela in das Atomzeitalter einsteigen, wenn es unfähig war, das Stromzeitalter zu meistern?!"

(Quelle: Andres Riveros, 20.10.2010)



TERMIN

5. - 8. April 2011 in Berlin

Internationaler Kongreß der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.:

"25 Jahre Folgen der Tschernobyl-Katastrophe: Bilanz gesundheitlicher und ökologischer Schäden"

Auch ein Vierteljahrhundert nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl werden die Folgen verdrängt, vertuscht, verharmlost und bagatellisiert. Atomlobby und Politiker reden die Gefährdung durch Niedrigdosisstrahlung mit gezielter Propaganda und beharrlichem Verschweigen der Risiken klein. Knapp 25 Jahre nach Tschernobyl werden in Deutschand gegen den erklärten Willen der Bevölkerung die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert. Vom 5, bis 8, April 2010 lädt die Gesellschaft für Strahlenschutz in Kooperation mit dem ukrainischen Ärzte-Verband Physicians of Chernobyl, der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW) und das European Committee on Radiation Risk (ECRR) auf dem Campus Virchow Klinikum der Charité in Berlin zu dem internationalen Wissenschaftskongreß. Besondere Aufmerksamkeit soll den Nicht-Krebserkrankungen und den genetischen Folgen der Katastrophe gewidmet werden. Die Referenten kommen unter anderem aus der Ukraine, Rußland, Weißrussland, Deutschland und England. Die Vorträge und Diskussionen werden simultan übersetzt.

Organisation:

Gesellschaft für Strahlenschutz, c/o Thomas Dersee, D-15566 Schöneiche b. Berlin; 0049-30-4352 840, F: -30-6432 9167; thomasdersee@strahlentelex.de

Tagungsgebühr incl. Tagungsunterlagen usw: EURO 120,- (div. Ermäßigungen). – Das detaillierte Programm ist ab Februar/ März 2011 zu finden unter http://www.gfstrahlenschutz.de/

GRÜNE Kritik am Atomstromhandel der Salzburg AG

"Beim Thema Atomstrom will uns die Salzburg AG offensichtlich für dumm verkaufen. Zu behaupten, Atomstrom stecke nur in dem Strom, mit dem gehandelt wird, aber nicht in dem Strom, den die Kunden geliefert bekommen, ändert absolut nichts am Glaubwürdigkeitsproblem der Salzburger Anti-Atompolitik! Ein Land, das gegen die Atomkraft auftritt, aber gleichzeitig über seinen Energieversorger vom Handel mit Atomkraft profitiert, wird in der Atomfrage mit Recht nicht ernst genommen." So reagierte LAbg. Astrid Rössler, die Energiesprecherin der Salzburger GRÜNEN, auf entsprechende Aussagen der Salzburg AG über die Zusammensetzung ihres Strommixes.

Der Handel mit Strom sei für die Salzburg AG schließlich kein Nischenprodukt, sondern mache mittlerweile 80 Prozent des gesamten Geschäftsvolumens aus! Die Versorgung der Salzburger Haushalte und Betriebe mit Energie spielt da im kommerziellen Gesamtgefüge nur noch eine vergleichsweise geringe Rolle.

Das Land Salzburg müsse sich – auch in seiner Rolle als maßgeblicher Eigentümer der Salzburg AG – jedenfalls entscheiden, ob es bereit sei, das "Nein zum Atomstrom" auch konsequent zu vertreten. "Wenn wir als Land Salzburg wirklich gegen die Kernkraft sind und es gleichzeitig nicht möglich ist, Stromhandel ohne Atomstrom zu betreiben, dann muss unser Landesenergieversorger eben die Finger davon lassen", meint Rössler.

Detail am Rande: Bei den aktuellen Aussagen der Salzburg handelt es sich um eine Stellungnahme, die der Energieversorger zwar aufgrund eines Landtagsbeschlusses verfasst hatte, die dem Landtag aber bis dato nicht übermittelt wurde! Ergänzend eines der Bilder, mit denen einer der deutschen Zulieferer der Salzburg AG auf seiner Website wirbt: AKW Neckarsheim, grün behübscht – ein Bild sagt halt immer noch mehr als tausend Worte...

(Quelle: Grüne Salzburg, 13.1.2011)



Glühender AKW-Fan als IEA-Chef? Tschechischer Ex-Premier Mirek Topolanek ein ernsthafter Kandidat

Als tschechischer Ministerpräsident und Vorsitzender der Demokratischen Bürgerpartei war Berlusconi-Partyfreund Topolanek aufgrund fragwürdiger Aussagen über Homosexuelle, Juden und die Kirche im Frühjahr 2010 untragbar geworden. Doch solche Leute können durchaus aussichtsreiche Kandidaten zB für den Posten des Exekutivdirektors der Internationalen Energieagentur (IEA) mit Sitz in Paris werden: viel wesentlicher als Kompetenz und Integrität ist ja, daß sie im Sinne der großen Industrielobbies agieren (lassen).

Dann können sie sich auch noch unumwunden selbst entlarven: Als besonders motivierend für eine Karriere in der IEA nannte Topolanek in einem Interview mit der Tageszeitung Rude Pravo die Tatsache, daß er dort mehr verdienen werde als in seiner Amtszeit als CZ-Ministerpräsident. Noch tragischer allerdings, aber durchaus dazupassend sind seine steinzeitlichen energiepolitischen Ansichten. In einer Rede vor dem EU-Parlament während der tschechischen Ratspräsidentschaft forderte er im Jänner 2009 eine "Rehabilitierung der Atomenergie". Denn Alternativen zur Nuklearenergie "sehe ich nicht". Bleibt zu hoffen, daß die 28 wahlberechtigten Mitgliedsstaaten der IEA eine Alternative zu ihm sehen. Und die IEA nicht mit ihm voll in die alte, jüngst zart geöffnete Blindheit gegenüber den Chancen der Erneuerbaren und der Energieeffizienz zurückfällt: sah die IEA doch jahrzehntelang auf einem Auge nur Atomstrom und auf dem anderen fossile Energien.

(Quelle: Ökoenergie, Zeitschrift des Biomasse-Verbandes, Dez. 2010)

Berlusconis Atom-Freudenhaus: Offener Brief an BP Heinz Fischer und Italiens Präsidenten G. Napolitano



Das Symbol der Südtiroler Grünen stellvertretend für deren Partner im Grünen Alpe Adria Forum.

10.12.2010. - Die Grünen Kärnten ersuchen Sie im Namen des Grünen Alpe Adria Forums, im Rahmen Ihrer Gespräche auch das Thema der geplanten neuen Atomkraftwerke in Norditalien zu erörtern.

Die Gefahren der Atomkraft sind grenzüberschreitend. Es gibt keine garantierte Sicherheit und es gibt im Ernstfall kein Zurück. (...) Die italienischen Pläne für einen Wiedereinstieg in die Atomkraft beunruhigen und betreffen ganz massiv auch die Kärntner Bevölkerung.

Das Grüne Alpe Adria Forum hat (am 27.11.2010, AdR) eine gemeinsame Resolution gegen die Atomkraft verabschiedet, die von den Grünen Kärntens, Südtirols, Sloweniens und Kroatiens unterzeichnet wurde. Wir übermitteln Ihnen hiermit diese Resolution und fordern Sie auf, sie bei Ihren bilateralen Gesprächen zu berücksichtigen.

LAbg. Rolf Holub, Landessprecher der Grünen Kärntens

plage echo

Betreff: Lob für die PN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe "Plage-Geister"!

Mit dieser Email möchte ich Ihnen zu Ihrer ausgezeichneten Informations-Arbeit gratulieren. Besonders die letzte Ausgabe der Plattform-News (2/11) empfahl sich als informative, vielschichtige und kurzweilige Lektüre mit ansprechend aufbereiteten und getexteten Artikeln.

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen für Ihr weiteres Engagement!

Mag.Biol. Mag.phil. Veronika Kiesenhofer Haid 25, 4294 St. Leonhard b. Fr.

Trauer um Lungauer Solar-Vorkämpfer

Nachdem wir in PN 2/2010 den überraschenden Tod des globalen Solarpioniers Hermann Scheer beklagt haben, traf uns in den letzten Tagen der Weihnachtszeit die Nachricht vom Ableben eines regionalen Vorkämpfers: Willibald Resch – für alle "Willi", zuhause im Lungau, aktiv darüber hinaus im und für das ganze Bundesland Salzburg.

Mag. Willi Resch, von Beruf Lehrer, war unter vielem anderem Mitbegründer der ÖkoStrombörse Salzburg (ÖSB). Im abgelaufenen Jahr konnte er das 20-Jahr-Jubiläum der ARGE Erneuerbare Energie im Lungau feiern und im Herbst das 50-Jahr-Jubiläum des Naturschutzbund Salzburg – beides Einrichtungen, die ihm enorm am Herzen lagen.



"Mit Willi Resch verliert die Grüne Gemeinschaft nicht nur einen engagierten Mitstreiter, sondern vor allem einen verlässlichen Freund. Als unermüdlicher Kämpfer für die Umwelt und die Erneuerbaren Energien war Willi Resch ein Vorbild. Sein konsequentes Eintreten für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Welt machte ihn nicht nur im Lungau zu einer treibenden Kraft für die Grüne Idee. Wir werden uns stets mit Dankbarkeit und Anerkennung an ihn erinnern." Mit diesen Worten würdigte LAbg. Cyriak Schwaighofer, der Landessprecher der Salzburger GRÜNEN, den am 6. Jänner überraschend verstorbenen Bezirkssprecher der GRÜNEN Lungau, der Willi Resch auch war.

Die feierliche Verabschiedung fand am 8.1.2011 in der Pfarrkirche Tamsweg statt. "Auch ein stets sympathischer PLAGE-Geist war Willi. Sein positives, menschenfreundliches, mit den übrigen Lebewesen mitfühlendes Wesen wird seinen Tod mit 63 Jahren noch lange für mich mit Wehmut verbinden", gedenkt PLAGE-Obmann Heinz Stockinger des langjährigen Weggefährten.



"Wissenschaftlich sind wir mit Nanopartikeln heute so weit, wie es Madame Curie mit der Radioaktivität war." – Univ.-Prof.Dr. Wladyslaw SZYMANSKI, Sprecher der "Arbeitsgruppe für Aerosolphysik und Umweltphysik" an der Universität Wien. Diese erforscht und mißt insbesondere auch Feinstaub. Und in diesem kommen – wenig überraschend – auch superwinzige, "ultrafeine" Teilchen mit ganz spezifischen, noch in vielem unbekannten Eigenschaften vor, eben Nanoteilchen. (Quelle: HEUREKA, Wissenschafts-Sonderteil des Falter, Nr. 47/2010.)

"Was sie der Gesundheit antun, liegt noch weitgehend im Dunkeln." – Im selben Zusammenhang mit den Nanoteilchen bzw der Nanotechnologie. (Quelle: wie oben.)

EUERSCHEINU

Vom Autor der "Bibel der Atomgegner" der 1970er, HOLGER STROHM

Das Wunder des Seins und seine Zerstörung

Hardcover, 170 Seiten, Euro 12,- (D) ISBN 978-3-9812912-0-92010

Aus der Besprechung von Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär des Umweltbundesministeriums (2005-2009):



das Zusammenhänge klar macht, die auf den ersten Blick nicht zu sehen sind.

Er zeigt aus der Erdgeschichte heraus auf, warum ein neues Denken notwendig ist und warum - nicht nur, aber in besonderer Weise - der Umbau der Energieversorgung eine Schlüsselfrage für Demokratie, Frieden und Wohlfahrt ist. Daß dies aber ein neues Denken verlangt, das die Wirtschaft wieder einordnet in die Prozesse der Natur.

Der erste Teil - Woher kommen wir? - beschreibt die Wunder der Erde, die wir nur bewahren können, wenn der ökologische Imperativ beachtet wird. Strohm entlarvt das Vorurteil, dass die Gegner des ökologischen Imperativs Verweigerer und Nein-Sager sind. Nein, sie sind Bewahrer und Schützer.

Der zweite Teil - Was sind wir? versucht aufzuzeigen, wo wir heute stehen. Und im dritten - Wohin gehen wir? - beschreibt Strohm die Zuspitzung, die auch Siegfried Lenz bei der Verleihung des Friedenspreises befürchtet hat: "Das Ende des Lebens auf unserem Planeten ist vorstellbar geworden. Die Schöpfung stirbt langsam." Und setzt dem ein sinnvolleres und besseres Leben entgegen.



"Globaler Selbstmordpakt." -Ein Außenseiter-Ökonom, eine notorische Umwelt-Kassandra, ein radikaler Grün-Politiker, der so über das "aktuelle weltweite Wirtschaftsmodell" zetert? Mitnichten. UN-Generalsekretär Ban Ki Mun war's, laut Süddeutscher Zeitung vom 29. Jänner. Ein hoher Repräsentant eben des bestehenden Systems. Einer, der nur von der Industriestaaten Gnaden diese Funktion bekleiden kann. "Kommt es nicht zu einer Reform, wird dies zu einer Katstrophe führen." Und gesprochen wurden diese Worte auf dem heurigen Weltwirtschaftsforum in Davos. "Wir brauchen eine Revolution", um die Umwelt zu retten, erklärte Ban vor den dort versammelten Industriekapitänen, Wirtschaftfachleuten und Staatslenkern.

Intelligenz ist immer kritisch

Holger Strohm, Tabubrecher, Visionär und Wegbereiter der Anti-Atomdebatte. Ein Pionier der Öko-Bewegung, der weit mehr bewegt hat als die allermeisten Politiker, weil er ein echter Aufklärer ist.

1973 wurde sein Erstlingswerk "Friedlich in die Katastrophe - eine Dokumentation über Kernkraftwerke" zur Bibel der Atomkraftbewegung. Andere Bestseller folgten "Die stille Katastrophe", "Natur kaputt" oder "Unmensch Mensch". Ebenso bemerkenswert wie seine ökologischen Arbeiten sind seine Veröffentlichungen zur Bildungspolitik. Strohm war Freund und Berater des schwedischen Regierungschefs Olof Palme und gab dem skandinavischen Schulsystem wichtige Im-

pulse, unter anderem mit seinen Erkenntnissen über Gewalt in Schulen. Es lohnt sich, Strohm zu lesen, so auch sein neues Buch "Das Wunder des Seins und seine Zerstörung". Dieses Plädoyer für kritisches Denken hat drei Teile: Woher kommen wir? Was sind wir? Wohin gehen wir? Es ist der Versuch, der heutigen Debatte ihren brückenlosen Abgrund zu nehmen.

Strohm zeigt letztlich auf, dass hinter dem Nein zur Atomkraft oder zur Genmanipulation keine billige Technikfeindlichkeit und auch keine pure Angst steht, sondern zuerst sind es wohldurchdachte Überlegungen, die tief aus einer Reflexion der Zivilisationsgeschichte kommen und Verantwortung für die Zukunft zeigen. Strohm hat ein kompaktes Wissen,

40,-

20,-

8,-

8,-

pla ge AKTIV-KUPON

ABO

☐ Förderndes Mitglied*

□ Aktives Mitglied (Normalverdiener)*

☐ Aktives Mitglied (Studenten/Schüler)*

□ PN-Abonnement (keine Mitgliedschaft) ☐ Tragt mich in die Helferliste ein – ich möchte

mich aktiv an der PLAGE-Arbeit beteiligen

* jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. PN-Abo

ZIELE

Atomenergienutzung in und um Österreich und ihre negativen Folgen eindämmen/bekämpfen. Eine ökologische/nachhaltige Energiepolitik und alterrnative Energienutzung herbeiführen (Energiesparmaßnahmen).

WAS WIR TUN

Der Politik auf die Finger schaun. Bildungsarbeit - Infostände -Unterschriftenaktionen - Vorträge - Ausstellungen - Medienarbeit - Leserbriefe - Erstellen von Informationsmaterial - Veranstaltungen – Demonstrationen

Name: Straße: PLZ/Ort: Telefon: e-Mail:

An PLAGE Nonntaler Hauptstraße 86 5020 Salzburg oder per Fax 0662/643567

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966 Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 3-4 mal pro Jahr (2010 wegen Krankheit 2x). Die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Homepage: www.plage.cc IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Über-



parteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff. Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567

Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau